

## INLAND

## Kirchenasyl wird häufiger

**München** – Die Zahl der Kirchenasyle in Deutschland ist seit Jahresanfang deutlich gestiegen. Derzeit seien 57 Kirchenasyle mit insgesamt 108 Personen bekannt, teilte die ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ am Montag mit. Anfang des Jahres seien es noch 34 Asyl-Fälle mit 62 Personen gewesen. Grund für die Zunahme sei die steigende Zahl von Asylbewerbern, sagte die Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft, Fanny Dethloff: „Es gibt viel mehr Flüchtlinge und damit auch mehr Kirchengemeinden, die sich um sie kümmern.“ Bundesweit ist die Zahl der Asylbewerber im vergangenen Jahr von knapp 77 600 auf 127 000 gestiegen. Nach Angaben Dethloffs wenden sich auch immer mehr Migrationsberatungsstellen an die Kirchengemeinden, um sie auf Härtefälle aufmerksam zu machen. Ein hohen Anteil der Kirchenasyle machten „Dublin-Fälle“ aus. Dabei geht es um Flüchtlinge, die über ein „sicheres Drittland“ nach Deutschland gekommen sind. **EPD**

## Defizit bei Uni-Kliniken

**Berlin** – Hohe Personalkosten und der Sparkurs zahlreicher Bundesländer haben den deutschen Universitätskliniken im vergangenen Jahr ein Defizit von 161 Millionen Euro eingebracht. Die Ergebnisse seien in nur zwei Jahren um etwa 200 Millionen Euro eingebrochen, teilte der Verband der Universitätskliniken am Montag in Berlin mit. Im Jahr 2014 rechne mehr als die Hälfte der Unikliniken mit einem Defizit, nur 13 Prozent erwarteten einen Überschuss. Als Hauptgründe nannte der Verband steigende Kosten für Personal, Medikamente und Energie, sinkende Zuschüsse der Länder für Investitionen in Gebäude und Geräte sowie besondere Ausstattung und Angebote der Unikliniken. Hierfür forderten sie einen Zuschlag. **DPA**

## Berlin will Polizisten schulen

**Berlin** – Aus der Debatte um einen Ex-Neonazi und früheren V-Mann der Berliner Polizei, der offenbar über einen anderen Neonazi Anfang der 2000er-Jahre einen indirekten Bezug zur Terrorzelle NSU hatte, will die Opposition Lehren für die Sicherheitsbehörden ziehen. Rechtsextreme Netzwerke, Planungen und Taten müssten früher erkannt werden, erklärten Abgeordnete von Grünen und Piraten am Montag nach einer vertraulichen Sitzung des Innenausschusses. Eine entsprechende Sensibilisierung für die Polizei könne über Aus- und Fortbildungen erreicht werden, sagte Clara Herrmann von den Grünen. **DPA**

## Angriff auf Bundesdruckerei

**Berlin** – Unbekannte Täter haben in der Nacht zu Montag das Gebäude der Bundesdruckerei in Berlin-Kreuzberg mit Farbe beworfen. Bei den Wurfgeschossen handelte es sich um Weihnachtskugeln, die mit brauner Farbe gefüllt waren, wie die Polizei am Dienstag mitteilte. Getroffen wurden ein am Haus angebrachter Bundesadler, eine Eingangstür und ein Fenster. Der für politisch motivierte Taten zuständige Staatsschutz der Polizei ermittelt wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole. **DPA**

## Ein Solo für die Nachtruhe

Brandenburgs Ministerpräsident kämpft gegen Fluglärm am neuen BER – auch weil in Potsdam bald Wahlen sind

VON JENS SCHNEIDER

**Berlin** – Vielleicht erzählt das grelle gelbe Plakat der Bürgerinitiativen schon die ganze Geschichte, wobei zum besseren Verständnis der Sache zu ergänzen wäre, dass dieses Plakat seit wenigen Tagen gleich mehrere tausend Mal zu sehen ist in Brandenburg. „Versagt Woidke?“ lautet die Überschrift in fetten roten Lettern. Darunter wird Dietmar Woidke, der sozialdemokratische Regierungschef des Landes, an einen Auftrag erinnert, den die Regierung vom Landtag in Potsdam vor einem Jahr erhalten hat: Lärmschutz durchsetzen. „Machen Sie den Alleingang! Oder sind Sie ein Versager?“ Und ganz unten steht, richtig groß, als könnte der Mann das vergessen: Bald sind Wahlen!

Tatsächlich ist es nur noch ein halbes Jahr hin, bis am 14. September in Brandenburg ein neuer Landtag gewählt wird. Der Sozialdemokrat Dietmar Woidke stellt sich zum ersten Mal als Regierungschef zur Wahl, er hat das Amt im letzten Herbst von Matthias Platzeck übernommen. Seine Chancen stehen Umfragen zufolge sehr gut, der Gegenkandidat von der CDU, Michael Schierack, ist nahezu unbekannt, es gibt wenig heikle Themen in Brandenburg.

Heikel könnte für ihn aber die Stimmung im Speckgürtel rund um Berlin werden, in Orten wie Teltow oder Kleinmachnow, Blankenfelde-Mahlow und auch an den Havelseen. Dort hängen die vielen Plakate, dort vor allem haben in den vergangenen Jahren Tausende Bürger Unterschriften gesammelt für eine echte Nachtruhe am neuen Hauptstadtflughafen. Am Ende kamen gut 106 000 Unterschriften für ein Volksbegehren zusammen, das Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr fordert. Bisher ist, wenn dann der BER einmal fertig ist, nur eine Nachtruhe von Mitternacht bis fünf Uhr vorgesehen. Schon das ist aus Sicht des Bundes und des Landes ein Kompromiss.

Nun hat Woidke zum Wochenende einen Brief an seinen Parteifreund Klaus Wowereit geschrieben, um Druck zu machen beim Lärmschutz. In dem Schreiben bittet er Wowereit um die Einberufung einer Versammlung der Gesellschafter des neuen

## Sowohl der Bund als auch das Land Berlin haben das Nachtflugverbot bisher abgelehnt

Berliner Flughafens noch für diesen März. Gemeint sind die Vertreter von Berlin und Brandenburg sowie des Bundes. Sie sollen auf dieser Versammlung die Änderung der Nachtruhe für 22 bis 6 Uhr beschließen, also dem erfolgreichen Volksbegehren entsprechend. Matthias Schubert, einer der Sprecher der Bürgerinitiativen, sieht in diesem Schritt „eine neue Qualität“ im Ringen um den Lärmschutz. Denn Woidke zwingt nun Berlin und den Bund, sich klar zu positionieren.

So wird jetzt, mal abseits von allen Bauplänen, ein weiterer Konflikt um den neuen Flughafen verschärft offen ausgetragen. Denn sowohl der Bund als auch das Land Berlin haben die Nachtruhe am Flughafen bisher abgelehnt. Woidke weiß das. Die Frage ist, was er mit seinem Manöver genau erreichen kann, und wie weit er den Konflikt treiben würde. Wenn man in Pots-

dam nachfragt, konnte Brandenburgs Ministerpräsident gar nicht anders. „Ich nehme den Willen der Legislative ernst“, sagt der Sozialdemokrat. Er erfüllt demnach jetzt einen Auftrag des Brandenburger Landtags, und das übrigens sogar spät.

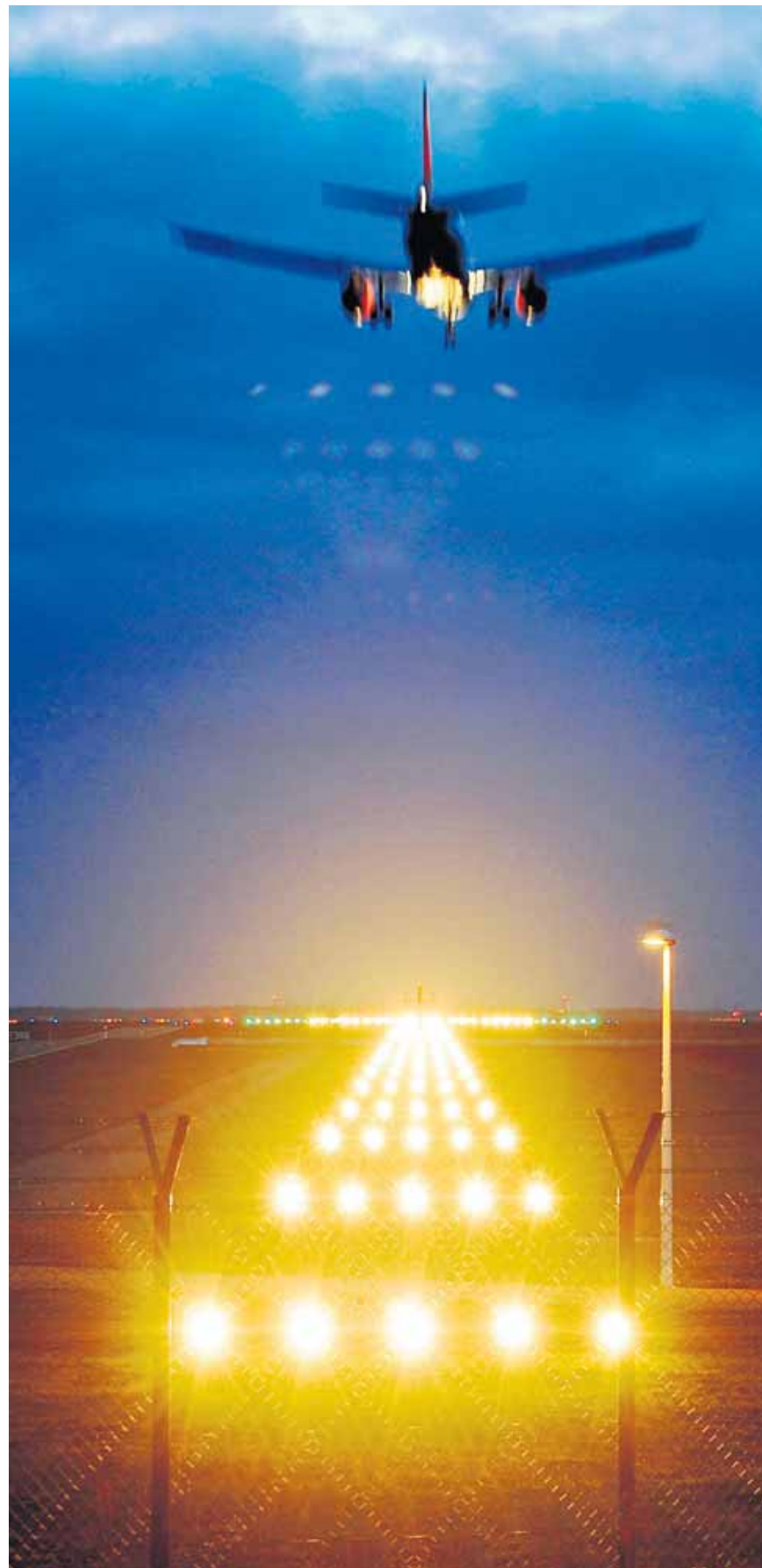
Es ist der Versuch, einen Ausweg aus einem Dilemma zu finden, in das die Regierungsparteien in Brandenburg, SPD und Linke, sich freimütig selbst brachten. Vor genau einem Jahr machte sich die Regierungsmehrheit im Landtag das Anliegen des erfolgreichen Volksbegehrens zum Lärmschutz zu eigen. Das rot-rote Bündnis vermied damit einen Volksentscheid über den Lärmschutz am Flughafen. Der hätte wohl hitzige Debatten gebracht. Dafür aber wurde die Regierung in Potsdam verpflichtet, mit Berlin und dem Bund zu verhandeln. Der damalige Regierungschef Platzeck versprach, diesen Auftrag absolut ernst zu nehmen.

## Man könne ja über alles reden, sagt ein Sprecher Berlins. Aber an der Haltung ändere sich nichts.

Nach einem Jahr hat die Regierung in Potsdam Ende Februar eingestehen müssen, dass sie nichts erreicht hat. Die Verhandlungen laufen noch, aber das Zwischenfazit in einem Bericht an den Landtag war eindeutig: Der Bund und Berlin lehnten eine Ausdehnung des Nachtflugverbotes aus, räumte sie zu Jahresbeginn ein. Vertreter der Bürgerinitiativen fühlten sich bestätigt in ihrem Argwohn. Sie hegten schon vor einem Jahr den Verdacht, dass Brandenburgs Regierung es nicht so ernst meinte mit der Unterstützung des Volksbegehrens. Es sei nur darum gegangen, das Volksbegehren auszubremsen. Ein „verlogenes Spiel“ wittert BI-Vertreter Schubert und bezieht dabei auch Brandenburgs CDU ein, die sich im Land gern zu mehr Lärmschutz bekennt, sich aber im Bund sperre.

Mit seinem Vorstoß will Woidke nun demonstrieren, dass er seinen Auftrag eben doch ernst nimmt. Freilich tut er das in dem Wissen um die Position seiner Partner, die unverrückbar erscheint. So machte der Sprecher des Berliner Senats Richard Meng am Montag klar, dass man immer über alles reden könne. „Aber die Haltung Berlins ist glasklar. Da ändert sich nichts.“

Wenn, wie zu erwarten ist, auch der Bund hart bleibt, hätte Woidke nicht viel erreicht. Damit wird in der Landesregierung insgeheim gerechnet, man hofft auf kleinere Verbesserungen und Entlastungen beim Lärmschutz etwa durch Umstellungen bei den Abläufen auf dem Flughafen. Doch dann wird er erklären müssen, was sein großer Vorstoß jetzt wirklich gebracht hat. Bei den Fluglärm-Gegnern gibt es Hoffnungen, dass es nur der erste Schritt sein wird und Woidke nach einem Scheitern versucht, mehr Lärmschutz auf dem Flughafen mit einem richtigen Alleingang durch zu drücken, von dem es aus der Regierung allerdings heißt, dass der rein rechtlich keine Chance hätte. Ende März soll eine gemeinsame Planungskommission zum Fluglärm beraten. Vorher schon will Woidke eine klare Entscheidung auf der Versammlung der Gesellschafter.



Berlin wird vom Fluglärm entlastet, wenn Tegel einst schließen muss, und das Umland mit dem neuen Airport BER stärker belastet, fürchten zumindest die Brandenburger. FOTO: PAUL ZINKEN/DPA



## Der Beinahe-Spion

Der frühere Richter am Bundesverfassungsgericht Fabian von Schlabrendorf soll dem FBI einst Informationen angeboten haben

**München** – Einst kämpfte Fabian von Schlabrendorf im Widerstand gegen Hitler. Viel später legte er, inzwischen Richter am Bundesverfassungsgericht, das deutsche Grundgesetz aus. Neu aufgetauchte Dokumente zeigen jetzt: In der Zwischenzeit soll sich Schlabrendorf dem amerikanischen Geheimdienst FBI als Informant angeboten haben. Unter dem Decknamen „Projekt Zebra“ soll Schlabrendorf den Amerikanern im Spätsommer 1955 über einen Kontaktmann in West-Berlin „Informationen über die Absichten der Russen gegenüber den Vereinigten Staaten“ in Aussicht gestellt haben. Von dem Vorhaben setzte Schlabrendorf, der damals als Rechtsanwalt in Wiesbaden tätig war, offenbar nicht einmal seine Familie in Kenntnis: „Das überrascht mich“, sagt Dieprand von Schlabrendorf, einer der Söhne des 1980 verstorbenen Juristen.

„Es gab immer mal wieder Gerüchte, dass Schlabrendorf mit den Amerikanern zusammengearbeitet haben könnte, aber niemals einen Beweis“, sagt Peter Steinbach, Leiter der Forschungsstelle Widerstandsgeschichte in Berlin. Das hat sich nun geändert. Der *Süddeutschen Zeitung* liegt eine etwa 50 Seiten dicke FBI-Akte vor. Jahrzehntelang wurde sie als Verschlussache eingestuft und im Confidential File Room aufbewahrt, jenem Raum für streng geheime Unterlagen, den FBI-Gründer J. Edgar Hoover 1948 persönlich einrichten ließ. In dem Aktenraum, der tagsüber durchgehend bewacht und jeden Abend abgeschlossen wurde, sammelte Hoover – versteckt vor den Augen der amerikanischen Regierung und verborgen selbst vor dem Großteil seiner eigenen Behörde – alle Unterlagen, die er für besonders heikel hielt.

Darunter waren unter anderem Dossiers über mutmaßliche Kommunisten, Dokumentationen über das Sexleben amerikanischer Regierungsangehöriger und

streng geheime Kriegsszenarien. Und eben die Akte Schlabrendorf. Zusammen mit der Schweizer *Sonntagszeitung* und anderen europäischen Medien hat die SZ jetzt Einblick in Hunderte bislang unveröffentlichte FBI-Akten aus dem Confidential File Room erhalten. In einem gemeinsamen Rechercheprojekt werden die 5393 Dokumentenseiten, die überwiegend aus den Vierziger- und Fünfzigerjahren stammen, jetzt ausgewertet.

Nach SZ-Informationen trat Schlabrendorf spätestens im August 1955 über einen befreundeten Washingtoner Rechtsanwalt an das FBI heran. Im Haus seines Freundes und Mandanten Ernst Niekisch, eines überzeugten Nationalbolschewisten, wollte Schlabrendorf sich „mindestens ein Mal im Monat“ mit einem unmittelbaren Mitarbeiter des damaligen sowjetischen Außenministers Wjatscheslaw Molotow treffen. Der Historiker Michael Pittwald mutmaßt, dass es sich dabei um Wladimir Semjonow gehandelt haben könnte, den damals stellvertretenden Außenminister der UdSSR und früheren Botschafter Moskaus in der DDR.

## Den FBI-Agenten in Washington war die Quelle zu unsicher, sie fürchteten um ihre Reputation

Beim FBI in Washington blitzte Schlabrendorf mit seinem Plan allerdings ab. Den Agenten war die Quelle zu unsicher, außerdem sah sich der Geheimdienst für Auslandsspionage formal nicht zuständig. Mit der CIA, die für diese Aufgabe geeignet gewesen wäre, wollte Schlabrendorf indes keinesfalls zusammenarbeiten, zu sehr misstraute er dem damaligen Direktor der Behörde, Allen Dulles. FBI-Chef Hoover war persönlich in die Entscheidung involviert, Schlabrendorfs Angebot auszuschlagen. Welche Rolle dessen West-Berliner

Kontaktmann Ernst Niekisch, der erst mit den Nationalsozialisten und dann mit den Kommunisten brach, in dem Unterfangen gespielt haben könnte, stellt die Historiker vor ein Rätsel. Niekisch, der es seinerzeit als Politiker, Publizist und Professor zu einiger Bekanntheit gebracht hatte, „war strikt gegen den Westen“, sagt der Historiker Pittwald. „Insofern ist es schon brisant, wenn er sich auf eine Zusammenarbeit mit

dem FBI einlässt – auch wenn die am Ende nicht zustande gekommen ist.“

Neben der Akte Schlabrendorf liefern die FBI-Unterlagen vor allem ein beindruckendes Bild davon, mit welcher Anstrengung die Agenten im technischen Labor des Geheimdienstes zur Zeit des Zweiten Weltkriegs damit befasst waren, die Codes ausländischer Botschaftsdepeschen zu knacken. Bereits in den Vierzigerjahren,

lange bevor der Whistleblower Edward Snowden die Datensammelwut der NSA bekannt machte, betrieben die Vereinigten Staaten ein umfassendes Abhörprogramm, dessen Ziel der gesamte diplomatische Nachrichtenverkehr fremder Staaten war. Nicht nur die verfeindeten Achsenmächte wurden systematisch abgehört, auch neutrale Länder wie die Schweiz oder Norwegen waren Gegenstand des Lauschangriffs. Während das FBI bei der Decodierung der deutschen Depeschen keine großen Erfolge aufweisen konnte, gelang es den Vereinigten Staaten nach Informationen der *Sonntagszeitung*, aus den entschlüsselten Nachrichten der Schweizer Diplomaten in Wirtschaftsverhandlungen Kapital zu schlagen. Und Recherchen des italienischen Nachrichtenmagazins *L'Espresso* haben ergeben, dass die USA im Zweiten Weltkrieg selbst Opfer eines Spionageangriffs geworden sind – ausgerechnet die Briten sollen vertrauliche Diplomatentopst abgefangen haben.

Und noch etwas geht aus den Akten hervor: Das FBI spionierte gewiss oft meisterlich, doch in einigen Auslandsbüros machten die amerikanischen Agenten geradezu plumpe Anfängerfehler. Bei einer internen Revision des Büros in Rom mahnte ein Analyst in einer Notiz vom Mai 1986 dringend zu mehr Vorsicht, wenn die Agenten Geschenke von Bekannten ins Büro brächten. Mitten im Kalten Krieg hatte ein FBI-Agent folkloristische Holzfiguren auf seinem Schreibtisch platziert, die ihm ein „russischer Freund“ geschenkt hatte. Es ging noch einmal gut: Die FBI-Techniker konnten keine Kameras und Wanzen darin entdecken. **KIM BJÖRN BECKER**

► Weitere Analysen sowie eine umfassende Dokumentation der Akten aus dem Confidential File Room des FBI sind von diesem Dienstag an im Internet unter [www.sueddeutsche.de/hoover](http://www.sueddeutsche.de/hoover) verfügbar.



Widerstandskämpfer gegen Hitler, Verfassungsjurist, und fast wäre er auch noch Spion geworden: Fabian von Schlabrendorf im Jahr 1955. FOTO: HEINZ HERING/SZ-PHOTO

## Opposition lädt BKA-Chef vor

Ziercke soll im Innenausschuss zu neuen Vorwürfen Stellung nehmen

**Berlin** – BKA-Präsident Jörg Ziercke muss sich wegen neuer Vorwürfe in der Edathy-Affäre noch einmal dem Innenausschuss des Bundestags stellen. Am Freitag war bekannt geworden, dass auf der kanadischen Liste mit Käufern von Kinder-Nacktfotos, auf der Sebastian Edathy auftauchte, auch ein leitender BKA-Beamter stand. Dieser soll inzwischen einen Strafbefehl akzeptiert und das Bundeskriminalamt verlassen haben. Ziercke hatte diesen Fall bei seinen bisherigen Auftritten vor dem Innenausschuss nicht erwähnt. Dabei hatte bei den Befragungen der Umgang mit den Namen auf der Liste eine wichtige Rolle gespielt. Grüne und Linke beantragten deshalb jetzt eine Sondersitzung des Ausschusses noch für diese Woche, in der Ziercke zu dem Fall befragt werden soll.

Der Vorsitzende des Gremiums, Wolfgang Bosbach, sagte der *Süddeutschen Zeitung*, er glaube nicht, dass der Bundestagspräsident eine solche Sondersitzung genehmigen werde. Zum einen seien die Kosten dafür zu hoch, zum anderen treffe sich der Ausschuss bereits Mittwoch kommender Woche zu seiner nächsten regulären Sitzung. In dieser Sitzung könne Ziercke dann aber befragt werden, sagte der CDU-Politiker. Er werde den Bundesinnenminister bitten, dafür Sorge zu tragen, dass Ziercke an der Sitzung teilnimmt.

Innenminister Thomas de Maizière stellte sich am Montag trotz der neuen Vorwürfe vor Ziercke. Sein Sprecher sagte: „Der BKA-Präsident hat das Vertrauen des Bundesinnenministers.“ Der 66-jährige Ziercke werde deshalb Präsident bleiben und wie geplant erst bei der BKA-Herbsttagung aus dem Amt scheiden. Der Sprecher de Maizières wollte aber auch auf Nachfragen das Verhalten Zierckes bei den bisherigen Ausschusssitzungen nicht bewerten. Er verwies darauf, dass dies Sache des Innenausschusses oder eines möglichen Untersuchungsausschusses sei.

Die kanadische Liste mit dem Namen der Kinderbilder-Käufer war bereits im Herbst 2011 beim BKA eingegangen. Der Name Edathy fiel der Behörde eigenen Angaben zufolge jedoch lange nicht auf. Das BKA will erst durch einen Hinweis aus Niedersachsen im Oktober 2013 darauf gestoßen sein, dass der damalige SPD-Bundestagsabgeordnete unter den Käufern war. Ziercke hatte das vor dem Innenausschuss damit begründet, dass sich das BKA wegen anderer Fälle erst von Sommer 2012 an richtig um die kanadische Liste habe kümmern können. Dann seien alle Namen auf der Liste gleich behandelt worden. Zumindest für den Fall des BKA-Beamten scheint das nicht zu stimmen. Am Freitag war herausgekommen, dass dessen Name bereits im Januar 2012 einer BKA-Beamtin aufgefallen war. **ROBERT ROSSMANN**

## Verspätete Pläne für das Gedenkjahr

**Berlin** – Hinter den Kulissen ist schon von einem „Zuständigkeits-Monopoly“ die Rede. Manche murrten da auch über die verspätete Planung zum Gedenkjahr 2014 – und über das sparsame Budget. 4,7 Millionen Euro will die Bundesregierung zur Verfügung stellen für Veranstaltungen zum Gedenkjahr 2014. Ein Witz, findet nicht nur die Linkspartei im Bundestag, die darauf hingewiesen hat, dass in London und Paris etwa 60 Millionen Euro für Veranstaltungen rund ums Gedenkjahr bereit gestellt würden. Vor 100 Jahren hat der Erste Weltkrieg begonnen, vor 75 Jahren der Zweite, vor 25 Jahren fiel die Mauer. Bundespräsident Joachim Gauck hat schon zu Jahresbeginn eine Serie von Gedenkreisen angekündigt, an die Frontlinie des Ersten Weltkriegs im Westen und Orte der friedlichen Revolution im Osten. Wo die Bundeskanzlerin gedenken wollte, blieb lange ein Geheimnis. Im Trubel der Regierungsbildung ging das Thema zunächst unter.

Nun wird also die Aufholjagd angetreten, schließlich will Angela Merkel sich im Gedenkjahr nicht vom Bundespräsidenten die Schau stehlen lassen. Am 6. Juni fährt Merkel auf Einladung des französischen

## In einem ist man sich einig: Zuständig sind immer die anderen

Präsidenten François Hollande in die Normandie, um der Landung der Alliierten im Zweiten Weltkrieg zu gedenken. Es seien weitere Termine denkbar, heißt es im Kanzleramt, es sei aber „noch nichts Konkretes geplant“. Federführend sei im Übrigen das Auswärtige Amt.

Im Auswärtigen Amt ist zu hören, für Termine der Kanzlerin sei man nicht zuständig, auch nicht für das, was die einzelnen Länder planen, nur für die internationalen Aspekte des Gedenkens. Immerhin, Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat Unterstützung für das Gedenkjahr signalisiert. Das Auswärtige Amt hat eine Ringvorlesung zum Ersten Weltkrieg organisiert. Im Frühjahr soll eine Vorlesung in Paris stattfinden, unter Teilnahme des französischen Außenministers Laurent Fabius. Der genaue Termin sei noch festzulegen, es sei eben noch vieles im Fluss.

Auch im Haus von Kulturstaatsministerin Monika Grütters strickt man noch am Gedenkprogramm. Für Gedenktage sei eigentlich das Innenministerium zuständig, heißt es hier. Es gebe auch keinen Extra-Etat für die Einrichtungen, die Veranstaltungen planen. In Vorbereitung ist eine Ausstellung im Deutschen Historischen Museum, im Juni. Genauer Termin? Prominente Gäste? Wird noch bekannt gegeben. Demnächst. **CONSTANCE VON BULLION**